Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Nach der Arbeit", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12207. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2,00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2,50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 147

Dresden, Montag den 27. Juni 1927

38. Jahrg.

Deutschnationale Lumperei

Herrn Heldts neueste Bundesgenossen

Der Deutschnationale Pressedienst, das amtliche Organ der Deutschnationalen Volkspartei, hat dieser Tage den Geschmack besessen, aus einem Brünner Montagsblatt eine niederträchtige Verleumdung gegen die republikanischen Parteien Deutschlands und insbesondere gegen die Sozialdemokratie wiederzugeben. Bei dem Brünner Organ handelt es sich um ein kleines, fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinendes Hetzblatt eines Hakenkreuzlers, das erst vor wenigen Tagen den Gefreiten Scheidemann in der gehässigsten Weise verleumdet hat und sich dafür demnächst vor einem tschechischen Gericht zu verantworten haben wird. Seine neueste Verleumdung besteht in der Wiedergabe eines Briefes, den ein angeblicher „englischer Offizier, der im Weltkriege dem Nachrichtendienst seiner Armee angehörte", geschrieben haben soll, und in dem es u. a. heißt:

„Kein Land ist so großzügig in praktischer Betätigung seines Dankes wie England. Es ist des britischen Volkes unwürdig, den Eifer zu vergessen, mit dem die sozialistischen Parteien in Deutschland im Kriege für uns gearbeitet haben. Wir haben ja damals freilich für ihre Dienste gezahlt; aber das genügt nicht. Ich schlage vor, daß man an einem geeigneten Platz in der Reichshauptstadt ein Denkmal errichten möge mit folgender Inschrift: „Dieses Denkmal ist von dem britischen Volke errichtet worden als ein Zeichen seines bleibenden Dankes gegen die republikanischen Parteien des Deutschen Reiches, die im großen Kriege der Sache der Verbündeten so wertvolle Dienste geleistet haben."

Das druckte der amtliche Deutschnationale Pressedienst ab mit der Bemerkung:

„Wieder ein Dokument der landesverräterischen Tätigkeit der Sozialisten im Kriege."

Wir schenken es uns, zu dieser verleumderischen Gemeinheit, die jeder halbwegs vernünftige Mensch als solche erkennen muß, sachlich etwas zu bemerken. Ihre Wiedergabe ist ebenso niederträchtig wie ihre Erfindung und Niederschrift. Das eine wie das andere setzt eine geradezu erschreckende Verlumpung voraus. Insofern ist der Abdruck der Verleumdung charakteristisch. Er zeigt, wie weit es mit der „größten Regierungspartei" gekommen ist und bestätigt den erst kürzlich getanen Ausspruch eines Zentrumspolitikers über die Verlumpung der Deutschnationalen Partei. Wir beneiden das Zentrum um diesen moralisch minderwertigen Koalitionsgenossen nicht. Wir beneiden auch nicht die Herren Buck, Heldt und Bethke um die Verbindung mit einer Partei, in deren Augen jeder Republikaner eo ipso ein Hochverbrecher ist!

Der Vorwärts schreibt zu der deutschnationalen Gemeinheit: „Es muß übrigens bemerkt werden, daß sich die bodenlos schmutzige Verleumdung des Deutschnationalen Pressedienstes nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern

gegen die republikanischen Parteien des Deutschen Reiches überhaupt

richtet. Das Fälscherstück wendet sich mit seiner vergiftenden Tendenz nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen das Zentrum! Wir gratulieren dem Zentrum zu diesem Bundesgenossen. Wir wünschen ihm ganz besonders herzlich Glück dazu, daß es mit ihm in den nächsten Wahlkampf ziehen will."

Konservative Verzweiflungstaktik

Die englische Oberhausreform

Von unserem Londoner Mitarbeiter

S. London, 25. Juni 1927.

Das Gesetz gegen die Gewerkschaften ist ein frontaler Angriff gegen die Arbeiterschaft, in seiner Zukunftsbedeutung für die Reaktion jedoch dadurch höchst problematisch, daß es von jedem künftigen Unterhaus durch einfachen Mehrheitsbeschluß wieder rückgängig gemacht werden kann. Die neuen Reformpläne für das Oberhaus sind deshalb viel bedenklicher, weil sie hinter der Maske einer „demokratischen Reform" einen Schlag gegen jede zukünftige Arbeiterregierung und ihre sozialistische Gesetzgebungsarbeit zu führen sucht. Sie sind das bedenklichste Stück der Baldwinschen Regierungskunst und ohne Zweifel das weitaus reaktionärste.

Aeußerlich sehen die Reformpläne recht harmlos aus. Der Präsident des Unterhauses soll das ausschließliche Bestimmungsrecht darüber verlieren, was ein Finanzgesetz darstellt, die Entscheidung wird in Zukunft einem aus Mitgliedern des Unter- und des Oberhauses zusammengesetzten Komitee übertragen werden. Der Parlamentsakt von 1911, der das Vetorecht des Hauses der Lords beschränkt hat, soll auf verfassungändernde Gesetze oder Gesetze, welche die Macht des Hauses der Lords zu ändern suchen, keine Anwendung finden. Die Anzahl der Sitze im Oberhaus will man in Zukunft auf 350 beschränken, und nur Pairs (Hochadel) von königlichem Blut, geistliche Fürsten sowie Personen, die von den erblichen Pairs gewählt werden, und eine Anzahl vom König auf Rat der jeweiligen Regierung ernannter Pairs sollen künftig das Oberhaus bilden. Die erwählten Pairs haben für zwölf Jahre Sitz und Stimme im Oberhaus, ein Drittel von ihnen wird alle vier Jahre erneuert. Jeder Pair, der nicht in das Unterhaus gewählt worden ist, kann für das Oberhaus kandidieren.

Indem die geplante Reform den Parlamentsakt von 1911 für alle verfassungändernden Gesetze hinsichtlich des Schicksals des Hauses der Lords selbst aufhebt, beraubt sie die Arbeiterpartei oder jede künftige Linksregierung der Möglichkeit, die Monarchie oder das Haus der Lords durch einen einfachen Mehrheitsbeschluß des Unterhauses aufzuheben. Das erstere ist lediglich von theoretischer Bedeutung, da die britische Arbeiterpartei keine republikanische Partei ist, das letztere aber von allergrößter praktischer Bedeutung, weil die Abschaffung des Hauses der Lords einer der vornehmsten Programmpunkte jeder künftigen Arbeiterregierung ist. Nach dem heutigen Stande des britischen Verfassungsrechts kann das Vetorecht des Oberhauses lediglich zweimal ausgeübt werden, ein vom Unterhaus zum dritten Male angenommenes Gesetz wird ohne weiteres dem König zur Zustimmung vorgelegt und damit Gesetz. Das soll in Zukunft bei allen verfassungändernden Gesetzen, zu denen insbesondere die Abschaffung des Oberhauses selbst gehören würde, in Wegfall kommen. Der Widerstand des Oberhauses könnte in allen einschlägigen Fragen in Zukunft nur durch ein umständliches und langwieriges Verfahren gebrochen werden, dessen Durchführung beinahe unüberwindliche technische Schwierigkeiten im Wege stehen. Wollte eine Regierung eine unter die Kategorie verfassungändernde Gesetze fallende Maßnahme, die vom Oberhaus zweimal abgelehnt worden ist, zum Gesetz erheben, so vermochte sie das seit 1911 automatisch durch einen bloßen dritten Abstimmungsbeschluß des Unterhauses, vor 1911 durch einen riesigen Pairschub, welcher die bisherige Majorität des Oberhauses zerbrach. In Zukunft wird der erste Weg versperrt, aber auch der zweite, diese tötliche Waffe gegen jede

Monarchistenstreich in Paris

P. Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtb.)

Der Führer der französischen Royalisten (Monarchisten), Léon Daudet, der sich seit Jahren in Frankreich einer gewissen Narrenfreiheit erfreut, hat mit der französischen Regierung eine Komödie gespielt. Er ist vor kaum einer Woche unter Aufgebot fast der gesamten Pariser Polizei und der berittenen Munizipalgarde verhaftet worden, um im Gefängnis eine Strafe, die ihm wegen Beleidigung zuerkannt war, abzubüßen. Am Sonnabend nachmittag ist es Daudet, dank einer sehr geschickten Mystifikation, der der Gefängnisdirektor zum Opfer gefallen ist, gelungen, aus dem Gefängnis zu entweichen. Der Gefängnisdirektor wurde in der Mittagstunde von einem Unbekannten telephonisch angerufen, der sich ihm als Innenminister Barraut ausgab und dem Direktor die Weisung gab, Léon Daudet und den Führer der „Action Française"-Verbände, der gleichfalls zur Strafverbüßung in Gefängnis saß, sofort aus der Haft zu entlassen. Der Fälscher hatte ungemein geschickt operiert, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, hatte er zu gleicher Zeit die Freilassung eines ebenfalls im Gefängnis befindlichen kommunistischen Agitators verfügt und dem Gefängnisdirektor noch besonders anempfohlen, um Straßendemonstrationen zu vermeiden, die drei Personen möglichst schnell und unauffällig zu entlassen. Der Gefängnisdirektor gehorchte, und den drei Gefangenen wurden unverzüglich die Türen des Gefängnisses geöffnet.

Der Polizeipräfekt von Paris und das zuständige Ministerium erfuhren die Entlassung erst durch die danach erfolgte Mitteilung der Strafanstalt, daß Daudet und die beiden andern aus dem Gefängnis entlassen und in Freiheit gesetzt worden waren. Die Bemühungen der Polizei, der drei Gefangenen wieder habhaft zu werden, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

*

Wie die Komödie gelang

Ueber den gelungenen Streich der monarchistischen Organisation „Camelots du Roi" werden noch Einzelheiten bekannt:

Gegen 1 Uhr mittags begab sich ein Camelot du Roi in das Ministerium des Innern. Elf andre Mitglieder der royalistischen Kampforganisation verteilten sich auf elf Cafés, die in der unmittelbaren Nähe des Ministeriums gelegen sind, und verlangten gleichzeitig die Telephonverbindung mit dem Ministerium des Innern, um die gesamte Telephonverbindung zu blockieren. Der Camelot im Ministerium des Innern ließ sich von dort aus (er muß dort Helfer gehabt haben) eine Verbindung nach dem Gefängnis geben und den Gefängnisdirektor ans Telephon bitten, dem er mitteilte: „Im Ministerrat ist die Freilassung von Daudet, Telest, dem Geschäftsführer der Action Française, und dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Sémard, beschlossen worden. Ich bitte Sie, um Kundgebungen zu vermeiden, die drei Inhaftierten sofort unauffällig aus dem Gefängnis zu entlassen."

Der Unterdirektor des Gefängnisses gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß man den Kommunisten freilassen wolle; über die Freilassung Daudets war er nicht erstaunt. Der Camelot antwortete in energischer Weise: „Sie haben sich um gar nicht zu kümmern. Es liegt ein formeller Befehl der Regierung vor. Sie haben den Befehl, den ich Ihnen mitteilte, sofort auszuführen."

Hierauf wollte der Direktor des Gefängnisses sich verschiedentlich und rief das Ministerium an, dessen elf Leitungen besetzt waren, so daß er nur eine Verbindung, und zwar die mit dem Camelot, erlangte. Der Direktor erklärte, man habe soeben vom Innenministerium telephoniert und die Freilassung von Daudet und Sémard angeordnet. Er möchte sich vergewissern, ob die Nachricht richtig ist. Der Camelot antwortete: „Ich selbst habe den Befehl des Ministers übermittelt, beeilen Sie sich. Ich bin der Unterdirektor seines Privatkabinetts, und wenn der Befehl nicht sofort ausgeführt wird, werde ich dafür verantwortlich gemacht. Das kann zu Unannehmlichkeiten führen, denn die Presse ist bereits von der Tatsache unterrichtet."

Daraufhin begab sich der Direktor sofort in die Zelle Daudets, der sehr überrascht war, vor Erregung zu weinen begann und den Gefängnisdirektor umarmte. Dieser forderte Daudet auf, möglichst schnell seine Kleider zu packen und das Gefängnis zu verlassen. Die Camelots hatten vor dem Gefängnis eine Kraftdroschke vorfahren lassen — und, heidi, die monarchistischen Galgenvögel flogen fort.

Entsetzen in der Regierung

Paris, 27. Juni. Die Regierung berief sofort einen Ministerrat unter Poincaré zusammen, um zu dem Streich Stellung zu nehmen. Das Ansehen der Regierung hat einen schweren Stoß erlitten. Die Presse aller Parteien erklärt, daß eine solche Anarchie in der Regierung herrschen müsse, wenn so etwas möglich wäre. Der Streich hätte niemals gelingen können, wenn die Monarchisten nicht Helfershelfer in den Behörden sitzen hätten. Eine Reinigung sei unabweisbar. Das Petit Journal sagt: Zweifellos ist dies die ungeheuerlichste Mystifikation des Jahrhunderts.

Eine neue völkische Mordtat

Ueberfall auf einen Reichsbannerzug — Ein Toter, sechs Schwerverletzte

Frankfurt a. d. O., 26. Juni. (Eig. Drahtb.)

Auf Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde in dem Dorfe Ahrensdorf am Sonnabend abend ein schwerer Ueberfall verübt. Als gegen 9 Uhr abends ein Lastautomobil, besetzt mit 70 Kameraden des Reichsbanners, Kreisverein Erkner, Ahrensdorf passierte, versuchten Stahlhelmer einen hinter dem Auto auf einem Fahrrad fahrenden Reichsbannermann abzudrängen. In demselben Augenblick, als die Reichsbannerleute ihrem Kameraden zu Hilfe eilen wollten, kamen Bewohner des Dorfes, das als völkische Hochburg bekannt ist, bewaffnet herangestürmt und schossen blindlings auf die Reichsbannerleute. Ein Kamerad Tietze aus Erkner wurde durch Bauchschuß sofort getötet, während sechs bis acht andre Kameraden Verletzungen davongetragen haben. Der Landrat des Kreises Lebus, der sofort hiervon benachrichtigt wurde, hat die Untersuchung angeordnet, während sogleich ein Ueberfallkommando zur Unfallstelle eilte.

*

D. Berlin, 27. Juni. (Eig. Funkspruch.)

Als Mörder des erschossenen Reichsbannerkameraden Kurt Tietze aus Erkner wurde der Gastwirtssohn August Schmelzer festgestellt. Er erschien, als der Ueberfall auf das Reichsbannerauto bereits abgeschlagen war und die Reichsbannerleute weiterfahren wollten und die Autos schon losfuhren, mit einer Flinte und gab vier Schüsse ab. Tietze wurde tödlich getroffen. Die bisherige Untersuchung hat einwandfrei festgestellt, daß der Zusammenstoß durch die Stahlhelmer verursacht worden ist. Schmelzer wurde verhaftet und nach Frankfurt a. d. O. übergeführt. Er redet sich darauf hinaus, von Dorfbewohnern zum Schießen aufgefordert worden zu sein.

Bei den beiden andern völkischen Jünglingen, die sich an dem Ueberfall beteiligten, handelt es sich um einen 17 Jahre alten Willi Hoffmann und einen 18 Jahre alten Wilhelm Zemke. Sie riefen dem Reichsbannerkameraden sofort zu: „Dich Hund schmeißen wir gleich runter vom Rad!" Als der Angegriffene keine Antwort gab, riß Zemke dem Hoffmann einen dicken Stock aus der Hand und hieb damit auf den Reichsbannermann ein, so daß er zu Boden fiel. Jetzt ließen die andern Reichsbannerleute das Auto halten und kamen ihrem Kameraden zu Hilfe. Gleichzeitig hatte sich eine große Zahl junger Burschen aus dem Dorfe zusammengefunden, die gegen das Reichsbanner einen Hagel von Steinen warf. Außerdem wurden Knaben aufgefordert, aus den Wohnungen Waffen zu holen. Außer dem Getöteten wurden bei dem sich entspinnenden Gefecht schwer verletzt: Fritz Böttcher (Schuß durch beide Backen und den Oberarm), Erich Lübecke (Schulterschuß), Richard Wollank (Schuß am linken Unterkiefer), Hans Kube (Schuß durch beide Waden), Karl Buch (Schuß durch linke Hand und linken Arm), Kurt Liesack (Schuß durch rechten Oberschenkel). Außerdem wurden vier Reichsbannerkameraden leicht verwundet. Der Ermordete war der einzige Sohn und Ernährer einer Witwe. Der Mörder, August Schmelzer, ist 23 Jahre alt und ist in Ahrensdorf als gewalttätiger Mensch bekannt. Unter den Leuten, die ihn zum Schießen ermuntert haben sollen, befindet sich, nach seinem eigenen Geständnis, auch sein Vater, Organisator des Werwolfs in Ahrensdorf und Gutsbesitzer von Ahrensdorf. Bereits im vorigen Jahre fand in Ahrensdorf ein Ueberfall auf Reichsbannerleute statt, wobei es mehrere Verletzte gab.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19270627/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG